



Berliner Bäder-Betriebe Geschäftsbericht 2009



GROSSE
SCHWIMMHALLE

AUFZUG
SATURN

Inhalt

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

Seite 4

Bilanz zum 31.12.2009

Seite 17

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009

Seite 19

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

Seite 20

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Seite 30

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2009

Seite 31

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

1. Geschäftsverlauf

Die Berliner Bäder-Betriebe (BBB) sind gemäß Gesetz über die Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Bäder-Betriebe (Bäderanstaltsgesetz – BBBG) mit dem Betrieb, der Unterhaltung und Verwaltung von Schwimmbädern des Landes Berlin betraut. Die Durchführung der Aufgaben erfolgt auf der Grundlage des BBBG mit dem Ziel einer kostengünstigen, benutzer- und umweltfreundlichen Leistungserbringung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben.

Insbesondere werden Schwimmhallen zur sportlichen Betätigung und Erholung für die Bevölkerung angeboten, die unentgeltliche Nutzung durch Schulen, Kindertagesstätten und förderungswürdige Sportorganisationen sichergestellt und Angebote für den Hochleistungssport unter anderem in der Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark und in der Schwimmhalle Sportforum Hohenschönhausen, gewährleistet. Zum 31.12.2009 lag die Betriebspflicht für die Anstalt bei 63 Bädern.

Auf Grund der Haushaltslage konnten im Berichtsjahr bis auf die Instandsetzungs- und Sanierungsvorhaben keine nennenswerten Investitionen in den Bädern durchgeführt werden.

Der in 2007 zur Gefahrenabwehr (Dachsanierung) gewährte Zuschuss des Landes Berlin in Höhe von T€ 5.000 wurde zweckgebunden verwendet. Alle Maßnahmen wurden abgeschlossen. Mit dem Zuschuss wurden insgesamt 13 Schwimmhallen instand gesetzt.

Auch die 2007 begonnene Instandsetzung der Schwimmhalle Helmut Behrendt, die wegen unvorhergesehener Mängel an der Dachkonstruktion zunächst nicht planmäßig abgeschlossen werden konnte, wurde 2009 beendet. Unter Einbeziehung von Fördermitteln wurden hier die Instandsetzungsmaßnahmen mit Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung der Schwimmhalle verbunden.

Im Rahmen des Sanierungsprogramms Berliner Bäder 2008 bis 2012 wurden von der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG mit Mitteln aus einer zweckgebundenen Zuwendung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Abstimmung mit den „Berliner Bäder-Betriebe“ weitere Maßnahmen in den Bädern geplant und durchgeführt. In den Jahren 2008 und 2009 wurden an 38 Standorten Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen begonnen. Vier geschlossene Schwimmhallen wurden wieder in Betrieb genommen. 28 weitere Projekte wurden in 2009 abgeschlossen. Das Programm wird bis 2012 fortgeführt, um den bestehenden Instandhaltungsstau bei den Berliner Bädern nachhaltig abzubauen.

Die Baumaßnahmen führten zu instandsetzungsbedingten temporären Schließungen von Bädern. Die BBB mussten deshalb auch 2009 erhebliche Anstrengungen unternehmen um ihrem gesetzlichen Auftrag in ausreichendem Maße zu entsprechen.

Die Berliner Bäder-Betriebe haben als Betreiber gemeinsam mit der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG als Eigentümerin von Einrichtungen (Schwimmbäder) mit nutzungsspezifischem hohem Energieverbrauch eine Klimaschutzvereinbarung mit dem Land Berlin geschlossen und sich mit Unterzeichnung dieser Vereinbarung zur Energieeinsparung und CO₂- Minimierung verpflichtet.

Das Geschäftsjahr 2009 schloss mit einem positiven Ergebnis in Höhe von T€ 59 (i.Vj. T€ 59) ab.

Die Aufsichtsgremien der BBB wurden 2009 durch den Vorstand laufend und umfassend über wichtige Vorgänge und Maßnahmen welche die Geschäftstätigkeit der Berliner Bäder-Betriebe betrafen, informiert.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr liegt ein durch den Aufsichtsrat genehmigter Wirtschaftsplan vor.

2. Ertrags-, Vermögens-, und Finanzlage

Ertragslage

Umsatzerlöse und Besucher

Die Schwerpunkte der Einnahmen der Berliner Bäder-Betriebe liegen in den Bereichen Schwimmbadnutzung, Saunanutzung sowie Schwimm- und Aquafitnesskurse.

Der Eigenverbrauch für die unentgeltliche Nutzung durch Schulen, Kindertagesstätten und Vereine stellt nach wie vor ein Problem dar, da hier ein Umsatz mit einem Steuersatz von zusätzlich 7% versteuert werden muß.

Vorjahresvergleich wesentlicher Posten der Umsatzerlöse (T€):

	2009	2008
Schwimmbadnutzung	10.059	10.553
Saunanutzung	1.770	2.028
Kurse (Schwimm- und Aquafitnesskurse, sonstige Kurse)	984	959

Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Die Tarifsatzung wurde in 2009 nicht geändert. Die Entgeltordnung und die Entgeltrichtlinie über die sonstigen Leistungen der Berliner Bäder-Betriebe sowie die Nutzungssatzung wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr ebenfalls nicht verändert.

Insgesamt wurden in 2009 Umsatzerlöse von T€ 19.909 erzielt. Der Wert liegt um T€ 1.498 (7,0%) unter dem Vorjahresumsatz von T€ 21.407.

Bei den zahlenden Besuchern war insgesamt eine Abnahme zu verzeichnen. Die Zahl der Badegäste in den Sommer-, Frei- und Strandbädern sank gegenüber dem Vergleichsjahr 2008 um 307 Tsd. In den Schwimmhallen stieg die Anzahl der Besucher um 238 Tsd. Bei den Saunen wurden im Berichtsjahr 29 Tsd. Besucher weniger gezählt.

Vorjahresvergleich zahlende Besucher (ohne Schulen, Kitas und Vereine in Tsd.):

	2009	2008
Schwimmbäder gesamt	3.782	3.851
Schwimmhallen	2.636	2.398
Sommer-, Frei- und Strandbäder	1.146	1.453
Sauna	191	220

Die Anzahl der entgeltfreien Besucher sank um 230 Tsd. auf 2.032 Tsd.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten u.a. Erträge aus Zuschüssen des Landes Berlin in Höhe von T€ 38.946 zu den Kosten der Berliner Bäder-Betriebe. Für die Sanierung der Schwimmhalle Helmut Behrendt wurde ein Zuschuss von T€ 2.575 vereinnahmt. Zur Standortsicherung der Olympiastützpunkte wurde ein Zuschuß von T€ 330 (davon T€ 2 periodenfremd) gewährt. Infolge der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger resultierend aus der Zuschussabgrenzung von T€ 33 auf T€ 138 werden in der Position T€ 105 mindernd (i.Vj. T€ 3.339 erhöhend) ausgewiesen.

Insgesamt ergaben sich sonstige betriebliche Erträge in Höhe von T€ 50.130 (i.Vj. T€ 51.781).

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen folgende Erträge (T€):

	2009	2008
Zuschuss zu den Kosten der BBB	39.337	39.837
Einstellung in den Sonderposten	-391	-504
Zuschuss zu den Kosten nach Einstellung in den Sonderposten	38.946	39.333
Zuschuss zur Gefahrenabwehr (Dachsanierung)	0	973
Zuschuss „Investitionspakt 2008“	2.590	460
Einstellung in den Sonderposten	-15	0
Zuschuss nach Einstellung in den Sonderposten	2.575	460
Zuschuss zur Standortsicherung der Olympiastützpunkte	330	326
Zuschuss zur Förderung des Spitzensports	33	0
Vermietung/Verpachtung	1.712	1.802
Periodenfremde Erträge	400	604
Auflösung von Rückstellungen	4.197	3.114
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	1.253	1.362
Erträge aus Erlösbeteiligung Stadtbad Wedding und Sommerbad Poststadion	281	0

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen beinhalten überwiegend Auflösungen aus gebildeten Rückstellungen für Abfindungen und für Baumaßnahmen die nicht durchgeführt werden.

Periodenfremde Erträge betreffen überwiegend Gutschriften auf Medienabrechnungen sowie Betriebskostenabrechnungen.

Die Verminderung der sonstigen betrieblichen Erträge um T€ 1.651 resultiert im Wesentlichen auf der Verminderung der Erträge aus Zuschüssen – unter Berücksichtigung der Zuschussabgrenzungen und nach Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse – um T€ 2.666, gesunkenen periodenfremden Erträgen (T€ 202) sowie der Abnahme der Erlöse aus Mieten und Pachten um T€ 90 und der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse um T€ 109. Dem standen gestiegene Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 1.083) sowie Erlösbeteiligungen für das Stadtbad Wedding und das Sommerbad Poststadion gegenüber.

Medienkosten

Die Aufwendungen für Energie (Heizung/Strom/Gas) und Wasser/Abwasser betragen in 2009 T€ 13.490 (i.Vj. T€ 13.414).

Die Einzelaufstellung ist aus nachfolgender Tabelle (T€) ersichtlich.

	2009	2008
Wasser/Abwasser	4.691	4.965
Heizung	3.404	3.048
Strom	3.885	3.849
Gas	1.510	1.552

Die Aufwendungen für Wasser/Abwasser (inklusive Niederschlagswasser) sanken um 5,5%. Der Verbrauch verminderte sich um 7,6%. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem witterungsbedingten Minderbedarf in den Sommer- und Kombibädern und den sanierungsbedingten Schließzeiten. Die Preise für Trinkwasser und Abwasser sanken geringfügig um 1,3%. Demgegenüber stieg der Preis für Niederschlagswasser um 7,2%.

Die Aufwendungen für Heizung nahmen um 11,7% zu. Der Verbrauch stieg um 7,3%. Neben dem gestiegenen Verbrauch trug insbesondere die Preiserhöhung des Fernwärmerversorgers um rund 15 % zur Steigerung bei.

Die Kosten für Strom erhöhten sich um 0,9%, der Verbrauch geringfügig um 1,5%. Die Durchschnittspreise stiegen um 1,8% wobei die geringfügige Verminderung des Lieferpreises um 2% durch die steigenden EEG-Entgelte (31,7%) überkompensiert wurde.

Die Aufwendungen für Erdgas sanken sich um 2,7%. Die Verminderung ist auf den gesunkenen Verbrauch (4,7%) sowie verminderte Bezugspreise (ca. 1,3%) zurückzuführen.

Verbrauchszahlen

BBB gesamt inkl. Verwaltung		2009	2008	Veränderung in %
Wasserverbrauch	1000 m³	952	1.030	-7,6
Heizung	MWh	56.756	52.904	7,3
Stromverbrauch	MWh	32.901	32.408	1,5
Gas/Ölverbrauch	MWh	31.367	32.929	-4,7

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten unter anderem Instandhaltungsaufwendungen T€ 7.995 (i.Vj. T€ 13.420), Aufwendungen für den Eigenverbrauch und darauf zu entrichtende Umsatzsteuer T€ 6.813 (i.Vj. T€ 7.574), Reinigungs- und Entsorgungskosten, Miet- und Pachtaufwand T€ 2.681 (i.Vj. T€ 2.335), T€ 1.112 (i.Vj. 1.190) für Dienstleis-

tungen, Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten T€ 542 (i.Vj. T€ 537) und Bewachungskosten T€ 858 (i.Vj. T€ 810). Weiterhin werden periodenfremde Aufwendungen T€ 593 (i.Vj. T€ 294) sowie T€ 1 (i.Vj. T€ 152) Abschreibungen auf Forderungen ausgewiesen. Der Rückgang der Aufwendungen um T€ 5.757 (20,3%) auf T€ 22.645 (i.Vj. T€ 28.402) beruht im Wesentlichen auf der Verminderung der Instandhaltungsaufwendungen um T€ 5.426. Hier wirken sich insbesondere die im Vergleich zum Vorjahr stark verminderte Zuführung zu den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (T€ 2.411) sowie der geringere Aufwand für Bauprojekte (T€ 2.012) aus. Weiterhin wirkte sich die Abnahme der darin enthaltenen Aufwendungen für den Eigenverbrauch von T€ 7.574 um T€ 761 (10,1%) auf T€ 6.813 aus. Ursächlich hierfür ist die Abnahme der entgeltfreien Besucher um 230 Tsd. auf 2.032 Tsd.

Personalaufwendungen

Am 31.12.2009 waren bei den Berliner Bäder-Betrieben insgesamt 736 (i.Vj. 734 Beschäftigte tätig, davon 301 (i.Vj. 301) Frauen. Von den Beschäftigten werden 437 (i.Vj. 424) Beschäftigte nach TV-L, 268 (i.Vj. 286) Beschäftigte nach TVöD und 31 (i.Vj. 21) Auszubildende nach dem Ausbildungstarifvertrag vergütet.

Der Altersdurchschnitt der Beschäftigten ist relativ hoch. So sind 452 Beschäftigte älter als 40 Jahre und 110 Mitarbeiter älter als 58 Jahre.

Aufwendungen im Vergleich (T€):

	2009	2008
Löhne und Gehälter	25.498	23.469
Soziale Aufwendungen	6.297	6.144

Die Personalaufwendungen erhöhten sich 2009 um T€ 2.181 (7,4%) auf T€ 31.795. Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter (einschließlich Auszubildende) blieb im Jahresdurchschnitt nahezu unverändert. Der Anstieg der Aufwendungen ist im Wesentlichen durch die erforderliche Aufstockung der Rückstellung für Altersteilzeit bedingt. Zum Bilanzstichtag waren insgesamt 58 (i.Vj. 23) Mitarbeiter in Altersteilzeit. Weiterhin wirkte sich die in 2009 erfolgte Erhöhung der Bezüge auf Grund von Tarifverhandlungen aus.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr besuchte eine Reihe unserer Mitarbeiter Seminare zu fachspezifischen Themen.

Investition und Instandhaltung

Der Altbestand des Anlagevermögens befindet sich nicht im Eigentum der BBB. Mit den Investitionen im Jahre 2009 entwickelte sich das Sachanlagevermögen der BBB seit 2005 wie in folgender Tabelle dargestellt.

Entwicklung Sachanlagevermögen (T€):

	Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
2005	3.849	4.889	1.567
2006	3.493	4.285	1.017
2007	3.205	5.295	1.509
2008	2.943	4.674	1.292
2009	2.703	4.131	1.090

Insgesamt wurden im Berichtsjahr T€ 406 (i. Vj. T€ 504) in das Anlagevermögen investiert. Der Buchwert des Anlagevermögens beträgt in 2009 T€ 8.020 Das sind T€ 1.020 weniger als im Vorjahr.

Ein Schwerpunkt lag in 2009 wiederum in der baulichen Unterhaltung der Bäder. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden dazu T€ 7.995 (i.Vj. T€ 13.420) aufgewendet. Davon betrafen T€ 3.234 (i.Vj. T€ 5.246) die Sanierungsprojekte. Der hierum bereinigte Instandhaltungsaufwand beträgt T€ 4.761 und liegt mit T€ 3.413 unter dem Vorjahreswert. In den Instandhaltungsaufwendungen sind T€ 246 (i.Vj. 2.657) Zuführungen zur Rückstellung für unterlassene Instandhaltung enthalten. Die Mittel, die zur Verfügung standen, reichten bei weitem nicht aus, um den derzeitigen Instandhaltungsstau (Basisjahr 2006) von € 28 Mio. zu beseitigen.

Die in 2007 begonnenen Maßnahmen zum Abbau des Instandhaltungsstaus im Rahmen des Bädersanierungsprogramms wurden fortgeführt. Im Rahmen des Programms wurden Instandsetzungsmaßnahmen an 13 Schwimmhallen durchgeführt, die bis auf die Schwimmhalle Helmut Behrendt in 2008 beendet wurden. Für diese Schwimmhalle wurde Ende 2008 im Rahmen des Förderprogramms „Investitionspakt 2008“ ein Zuschuss von T€ 2.300 zur energetischen Erneuerung bewilligt, der in 2009 auf T€ 3.700 erhöht wurde. Davon wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 2.590 ausgereicht. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Sanierung dieser Schwimmhalle bis auf die Erneuerung der Sauna, die in 2010 erfolgt, abgeschlossen und das Bad wieder in Betrieb genommen.

Das Programm wird seit 2008 durch die BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG in weiteren Standorten fortgeführt.

Der Schwerpunkt der baulichen Unterhaltung war die Instandsetzung der Beckenköpfe der Sommerbäder zur Vorbereitung der Sommersaison.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Umstellung der Chlorgasversorgungsanlagen auf Vollvakuum abgeschlossen werden, so dass jetzt alle Anlagen den entsprechenden Sicherheitsanforderungen gemäß DIN 19606 entsprechen.

Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2009 schloss mit einem Jahresüberschuss von T€ 59 (i.Vj. T€ 59) ab.

Das Jahresergebnis war im Wesentlichen beeinflusst durch verminderte Umsatzerlöse um T€ 1.498, niedrigeren sonstigen betrieblichen Erträgen (T€ 1.651) und Zinserträgen (T€ 392) sowie gestiegenen Personalaufwendungen (T€ 2.181). Dem standen Aufwandsminderungen bei den Abschreibungen von T€ 175 und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von T€ 5.757 gegenüber. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sank um T€ 1 auf T€ 63.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanz der BBB weist bei einer Bilanzsumme von T€ 23.382 (i.Vj. T€ 25.989) ein Sachanlagevermögen von T€ 7.924 (i.Vj. T€ 8.909) aus. Gegenüber dem Vorjahr sank die Bilanzsumme um 10,0%. Die Veränderung ergab sich im Wesentlichen aus dem Rückgang des Sachanlagevermögens um T€ 985 sowie der Verminderung der liquiden Mittel um T€ 1.634. Dem stand die Verminderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (T€ 847), der Rückstellungen um T€ 3.044 sowie der Anstieg der Verbindlichkeiten um T€ 1.070 gegenüber.

Bei einem Stammkapital von T€ 26 beträgt der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag T€ 6.135 (i.Vj. T€ 6.193). In diesem Zusammenhang verweisen wir auf § 4 des Bäderanstaltsgesetzes.

Die Rückstellungen liegen mit T€ 11.826 (i.Vj. T€ 14.870) um T€ 3.044 unter dem Vorjahreswert. Pensionsrückstellungen, Jubiläumsrückstellungen und Rückstellungen für Alterszeitzeit wurden nach vorliegenden versicherungsmathematischen Gutachten gebildet. Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 11.761 (i.Vj. T€ 14.813) berücksichtigen alle nach kaufmännischen Gesichtspunkten vorhersehbaren Risiken. Es wurden Rückstellungen nach § 249 Abs. 1 und 2 HGB gebildet.

Das mittel- und kurzfristige Fremdkapital (ohne Abgrenzung der Zuschüsse für nicht verbaute Mittel der Sanierungsprojekte) ist lediglich zu ca. 62,1% (i.Vj. 59,4%) durch das Umlaufvermögen gedeckt. Zur Tilgung des Fremdkapitals sind die BBB deshalb überwiegend auf die Zuschussgewährung durch das Land Berlin angewiesen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten von T€ 2.570 (i.Vj. T€ 2.356) beinhaltet im Wesentlichen Abgrenzungen für nicht verbrauchte Mehrfachkarten für Schwimmhallen und Saunen sowie für Kurse.

Die flüssigen Mittel der BBB nahmen gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.634 ab. Die zum Bilanzstichtag vorgehaltenen liquiden Mittel von T€ 7.607 – einschließlich flüssige Mittel zur Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen T€ 721 – reichen jedoch nicht aus, um die kurz- und mittelfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten (T€ 13.624) abzudecken.

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt die folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss.

	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Periodenergebnis	59	59	0
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.418	1.593	-175
Abnahme (i.Vj. Abnahme) der Rückstellungen	-3.044	-267	-2.777
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge	-1.253	-1.362	109
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	7	3	4
Zunahme (i.Vj. Abnahme) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-104	275	-379
Zunahme (i.Vj. Abnahme) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.283	-3.333	4.616
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.634	-3.032	1.398
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-381	-410	29
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-25	-94	69
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-406	-504	98
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	406	504	-98
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	406	504	-98
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.634	-3.032	-1.398
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.241	12.273	-3.032
Finanzmittelfonds am Ende der Perioden	7.607	9.241	-1.634

3. Umwelt, Qualitätssicherung und Hygiene

In 2009 wurde zwischen der BBB AöR, der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG und den Senatsverwaltungen für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport eine Klimaschutzvereinbarung abgeschlossen. Hierin wurden für 2009 CO₂- Minderungen in Höhe von 732 t (kumuliert) gegenüber dem Referenzjahr 2007 vereinbart. Bezogen auf den Vergleichswert 2007 (ohne SSE) in Höhe von 32.393 t wurde bis 31.12.2009 eine Verminderung von 2.413 t erreicht.

Die Maßnahmen betrafen die nachstehend aufgeführten Standorte:

- Im Stadtbad Mitte wurden im Rahmen des Konjunkturprogramms II die Heizungs- und Lüftungsanlagen erneuert. Dabei wurde ein innovatives Konzept mit Kraft-Wärme-Kopplung und Gaswärmepumpen umgesetzt.
- In der Schwimmhalle Zingster Straße wurden die Fassade und die Lüftungsanlagen unter energetischen Gesichtspunkten erneuert.
- In der Schwimmhalle Ernst Thälmann Park wurde die Fassade unter energetischen Gesichtspunkten erneuert.
- Im der Schwimmhalle Helmut Behrendt wurde die energetische Sanierung beendet und das Bad wieder in Betrieb genommen.
- Im Kombibad Seestraße wurde nach Beendigung der Dachsanierung die Solarabsorgeranlage wieder in Betrieb genommen.
- Im Sommerbad Kreuzberg wurde die Solarabsorgeranlage erneuert und vergrößert.

Die Qualität der Hygienehilfsparameter und damit die Badewasserqualität konnten auf dem Niveau des Vorjahres gesichert werden.

Die Anstrengungen zur Verbesserung der Legionellenprophylaxe wurden fortgeführt. Im Stadtbad Lankwitz wurde im Rahmen der Sanierung ein neues patentiertes Verfahren (MOL- Verfahren) eingesetzt, dessen Erfolg mittlerweile durch entsprechende Untersuchungen dokumentiert werden konnte. Das Verfahren wird im Rahmen des Konjunkturpaketes II auf neun weitere Bäder ausgedehnt.

Die Fortführung der Umstellung der Desinfektion von Chlorgas auf Membranzellenelektrolyseverfahren wurde auf Grund aktueller wissenschaftlicher Diskussion zu kritischen Desinfektionsnebenprodukten zurückgestellt und derzeit nicht weiter verfolgt.

4. Risikobericht

Der Vorstand der BBB misst den bestehenden Risiken für die Anstalt große Bedeutung bei. Die Risikolage des Unternehmens wird permanent überwacht. Im Bedarfsfall werden durch den Vorstand Maßnahmen zur Risikobegrenzung beziehungsweise Risikovermeidung ergriffen.

Die Arbeit in der Arbeitsgruppe Risikomanagement wurde fortgesetzt und das Risikohandbuch gemäß KonTraG periodisch überprüft, aktualisiert und um weitere Positionen insbesondere im Bereich Belegwesen ergänzt. Die Ergebnisse werden im Schlussbericht für das Risikohandbuch zusammengefasst und quartalsweise vorgelegt.

Aus heutiger Sicht bestehen Risiken vor allem in den nachstehend aufgeführten Bereichen:

- Planung
- Personal
- Umsatz
- Kosten
- Bauliche Unterhaltung
- Finanzierung

Nach intensiver Beratung in den Gremien wurde ein ausgeglichener Wirtschaftsplan verabschiedet, der pauschale Kürzungen in verschiedenen Budgetpositionen enthielt und geplante Umsätze sowie Kosten als Gegenposition für einen Vollbetrieb der Hallen vorsah.

Die monatlich ermittelten Betriebsergebnisse im Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres ergaben erhebliche Abweichungen zu den Planansätzen des Wirtschaftsplans. Daher mussten zur Absicherung des Budgets „bauliche Unterhaltung“ und zum Ausgleich der ausbleibenden Umsätze aus Schwimmbad-, Sauna- und Nebenbetrieben die Budgetinanspruchnahmen bei anderen Planpositionen, insbesondere im Bereich Personal gekürzt werden.

Zur Verbesserung der ungünstigen Altersstruktur des Personals des Unternehmens erfolgte im Frühjahr des abgelaufenen Geschäftsjahrs die dauerhafte Einstellung von 26 Fachangestellten für das Bäderwesen (FAB). Weiterhin wurde in 2009 eine Reihe von Altersteilzeitverträgen neu abgeschlossen. Zum Jahresultimo befanden sich 58 (i.Vj. 23) Mitarbeiter in Altersteilzeit. Diese Maßnahmen dienen auch der Umsetzung des vom Vorstand in den Gremien vorgestellten Personalkonzepts, das sich weiterhin in Abstimmung mit dem Personalrat befindet. Daher wurden wichtige Schlüsselpositionen vorerst nicht besetzt. Notwendige Entscheidungen unterstützender Softwaretechnologien befinden sich in der betrieblichen Mitbestimmung.

Die Umsatzerlöse –Schwimmbad, Sauna und Nebenbetriebe- blieben im abgelaufenen Geschäftsjahr weit hinter den Erwartungen zurück. Eine Steigerung der Umsatzerlöse durch Erhöhung der Eintrittspreise für die Produkte „Schwimmen“ und „Sauna“ dürfte wegen des daraus resultierenden Besucherrückgangs kaum möglich sein. Zu der Abweichung trugen im Wesentlichen, die schlechte Witterung in den Sommermonaten sowie bauzeitbedingte temporäre Schließungen bei.

Die Kostenrisiken betreffen vor allem die Medien. Hier ist künftig mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen. Das Unternehmen unternimmt hier weitere Anstrengungen zur Verminderung der Verbräuche um einen erwarteten Kostenanstieg zu dämpfen. Bei den Personalkosten ist ebenfalls mit einem Anstieg zu rechnen. Dem soll durch das Personalkonzept, das eine Verbesserung der internen Organisation sowie einen effektiveren Personaleinsatz vorsieht, entgegengewirkt werden. Bei Baumaßnahmen im Bestand ergeben sich Risiken da hier im Zuge der Abwicklung Instandsetzungsnotwendigkeiten und verdeckte Mängel zu Tage treten, die die projektierten Beträge für Unvorhergesehe-

nes überschreiten. Sämtliche Ausgaben unterliegen permanent einer strikten Kostenkontrolle durch den Vorstand.

Die baulichen Aktivitäten im Rahmen des Bädersanierungsprogramms konnten die Arbeiten aus den Mitteln der BBB an den Dächern und der baulichen Substanz an den Standorten Kombibad Seestraße und Hallenbad Helmut Behrendt beendet werden. Ferner wurden durch die BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG im Auftrag des Eigentümers Land Berlin weitere Mittel aus einem insgesamt € 45 Mio. umfassenden Budget in weiteren Standorten (zum Beispiel Hallenbad Fischerinsel) aufgewendet. Damit verminderte sich der ursprünglich mit € 66 Mio. bezifferte Instandhaltungstau (Basisjahr 2006) nach den aktualisierten Bewertungen der Fachabteilung auf € 28 Mio. Dies wirkt sich somit in erheblichem Maße risikomindernd in der Gesamtbetrachtung aus.

Die Finanzierungsrisiken resultieren aus der Abhängigkeit der BBB von den Zuschüssen des Landes Berlin. Außerdem sind die BBB ein saisonabhängiger Betrieb. In den Sommermonaten sind die Erlöse stark von der Witterung beeinflusst. Die gesetzlich festgelegten Aufgaben können nur bei angemessener Finanzausstattung erfüllt werden. Hierzu reichen die selbst erwirtschafteten Einnahmen bei Weitem nicht aus. Aus der begrenzten Ausfinanzierung des Unternehmens durch den Eigentümer ergeben sich Schlüsselrisiken. Der Substanzverzehr setzte sich in 2009 fort, da die BBB steigende Fixkosten bei tendenziell sinkenden Umsatzerlösen ausgleichen muss. Die Investitionen wurden in 2009 gekürzt. Da zusätzlich ausgereichte Zuschüsse zur Verbesserung der baulichen Situation zweckgebunden verwendet werden müssen -und auch dahingehend abgerechnet werden- führt dies tendenziell zur Verminderung des Instandhaltungstaus aber nicht zu Entlastungen im Betriebsablauf der Bäder.

5. Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Berliner Bäder-Betriebe messen den Grundsätzen einer verantwortungsvollen und transparenten Unternehmensführung einen hohen Stellenwert bei. Die gemeinsame erweiterte Entsprechenserklärung (siehe Anlage) wird in der Aufsichtsratssitzung im Juni 2010 beschlossen.

6. Prognosebericht

Am 16.10.2009 wurde der Wirtschaftsplan für das kommende Wirtschaftsjahr durch den Aufsichtsrat der BBB verabschiedet. Gegenüber dem Vorjahr werden die BBB eine Zuschusserhöhung in Höhe von € 5 Mio. erhalten, die jedoch auf Beschluss des Abgeordnetenhauses für Maßnahmen der baulichen Unterhaltung zu verwenden ist.

Der Zuschuss wird vorrangig für Maßnahmenpakete baulicher und technischer Art zur weiteren Senkung des Instandhaltungstaus einzusetzen sein.

Auf Basis dieser Prämisse wurde im vierten Quartal des abgelaufenen Wirtschaftsjahres eine mittelfristige Planung für die Jahre 2010 – 2012 dem Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt, die zwar eine bauliche Unterhaltung ausfinanziert, jedoch die steigenden Medienkosten und absehbaren Personalkostensteigerungen nicht decken kann.

Entsprechende Beratungen mit den begleitenden Senatsverwaltungen laufen dazu bereits.

Weitere Anstrengungen wird der Vorstand im Hinblick auf die vom Aufsichtsrat geforderte Verbesserung der Wirtschaftlichkeit legen. Dazu gehört die Akquisition von zusätzlichen Einnahmen aus der Vermarktung von Leerstandsflächen in Zusammenarbeit mit der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG. Des Weiteren ist die Wirtschaftlichkeit der Saunen Gegenstand der weiteren Diskussion über den Eigenbetrieb oder eine Fremdvergabe zur Verbesserung der Pachteinnahmen bei gleichzeitiger Senkung der einzusetzenden Personalkosten.

Die bereits für das Jahr 2009 vorgesehene Verpachtung des Sommerbades Lichterfelde mit Saunabetrieb ist nach Durchführung eines gescheiterten Vergabeverfahrens erneut anzustrengen.

Das im Spätsommer im Aufsichtsrat vorgestellte Personalkonzept muss in Zusammenarbeit mit dem Personalrat den Erfordernissen des Betriebes angepasst und schrittweise umgesetzt werden. Zeitgleich sind im Bereich IT-Organisation bei gegebener Ausfinanzierung die Grundlagen für einen erfolgreichen Releasewechsel für das Abrechnungsprogramm SAP zu schaffen, um im Anschluss weitere Softwareprodukte – Vertragsmanagement und Materialwirtschaft – aufsetzen zu können.

Die zukünftigen Auswirkungen aus der Finanzmarktkrise auf die BBB können derzeit nicht abgeschätzt werden.

Für 2010 wird ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt.

Auf Grund von nicht vorhersehbaren Risiken können sich Abweichungen von den Prognosen ergeben.

Berlin, 24. März 2010

Dr. Klaus Lipinsky
Vorstandsvorsitzender

Michael Schenk
Vorstand

Bilanz zum 31. Dezember 2009

AKTIVA

	€	€	Vorjahr €
A. Anlagevermögen			
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		96.285,00	130.732,00
II. <u>Sachanlagen</u>			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.703.297,00		2.943.112,00
2. technische Anlagen und Maschinen	4.130.842,00		4.674.349,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1.089.850,00</u>	7.923.989,00	1.291.582,00
B. Umlaufvermögen			
I. <u>Vorräte</u>			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	65.190,43		77.881,07
2. fertige Erzeugnisse und Waren	<u>43.973,30</u>	109.163,73	61.220,70
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	624.597,14		418.691,64
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>846.592,60</u>	1.471.189,74	843.868,14
III. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</u>		7.607.275,73	9.240.829,19
C. Rechnungsabgrenzungsposten		39.788,01	113.818,42
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		6.134.755,00	6.193.292,52
		<hr/>	<hr/>
		<u>23.382.446,21</u>	<u>25.989.376,68</u>

PASSIVA

	€	€	Vorjahr €
A. Eigenkapital			
I. <u>Stammkapital</u>		25.564,59	25.564,59
II. <u>Verlustvortrag</u>		-6.218.857,11	-6.277.613,78
III. <u>Jahresüberschuss</u>		58.537,52	58.756,67
IV. <u>nicht gedeckter Fehlbetrag</u>		<u>6.134.755,00</u>	<u>6.193.292,52</u>
Summe Eigenkapital		0,00	0,00
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		6.978.105,00	7.824.706,00
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	65.325,00		56.729,00
2. sonstige Rückstellungen	<u>11.760.564,40</u>	11.825.889,40	14.812.787,09
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.801.259,51		856.027,13
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gewährträger	137.617,70		32.529,86
3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>69.692,49</u>	2.008.569,70	50.461,25
E. Rechnungsabgrenzungsposten		2.569.882,11	2.356.136,35
		<u>23.382.446,21</u>	<u>25.989.376,68</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009**

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		19.909.275,71	21.406.706,44
2. sonstige betriebliche Erträge		50.129.917,22	51.780.558,73
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	542.610,67		571.153,71
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>13.663.831,27</u>	14.206.441,94	13.439.188,25
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	25.497.452,96		23.469.147,49
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>6.297.363,38</u>	31.794.816,34	6.144.391,21
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		1.417.847,91	1.593.113,74
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		22.644.619,28	28.401.630,98
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		103.293,53	495.042,83
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>15.823,77</u>	<u>0,00</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		62.937,22	63.682,62
10. sonstige Steuern		<u>4.399,70</u>	<u>4.925,95</u>
11. Jahresüberschuss		<u>58.537,52</u>	<u>58.756,67</u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

I. Allgemeine Erläuterungen

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 wurde nach den Vorschriften des 3. Buches des HGB aufgestellt. Die ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften nach §§ 264 ff. HGB wurden beachtet.

Die Anstalt ist laut Gesetz über die Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Bäder-Betriebe (Bäder - Anstaltsgesetz - BBBG) verpflichtet, den Jahresabschluss nach den Vorschriften des 3. Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften zu erstellen.

Die BBB sind Energieversorgungsunternehmen gemäß § 3 Nr. 18 EnWG. Die Bilanzierungsvorschriften nach § 10 Abs. 1 EnWG wurden beachtet. Eine Anhangangabe nach § 10 Abs. 2 EnWG ist nicht erforderlich, da die BBB keine Geschäfte mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen im Sinne von § 10 EnWG tätigen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen bewertet. Die Anschaffungskosten werden um planmäßige lineare Abschreibungen gemindert.

Die Abschreibungen basieren auf den amtlichen AfA-Tabellen, die vom Bundesministerium für Finanzen veröffentlicht wurden. Bei der Festlegung der Abschreibungssätze werden die steuerlich höchstzulässigen Sätze zu Grunde gelegt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden nach den Regeln der Neufassung des § 6 EStG abgeschrieben.

Umlaufvermögen

Für die Vorräte wurde zum Bilanzstichtag eine Inventur durchgeführt. Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu durchschnittlichen Anschaffungskosten oder gegebenenfalls mit dem niedrigeren beizulegenden Wert (Niederstwert).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert ausgewiesen. Erkennbare Einzelrisiken sind durch Wertberichtigungen abgedeckt. Flüssige Mittel werden zum Nominalwert angesetzt.

Eigenkapital

Das Stammkapital der Anstalt wurde auf DM 50.000 (€ 25.564,59) festgesetzt. Die BBB weisen zum 31. Dezember 2009 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von T€ 6.135 aus.

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG gebildet. Für die Ermittlung der Teilwerte ist dabei ein Zinsfuß von 6,0 % zu Grunde gelegt worden. Im Übrigen erfolgte die Berechnung unter Verwendung der „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung vorhersehbaren Risiken.

Der Jubiläumsrückstellung sowie der Rückstellung für Altersteilzeit liegen versicherungsmathematische Gutachten mit einem Rechnungszinsfuß von 5,5% zu Grunde. Infolge des Ablaufs des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit wurde der %-Satz für die wahrscheinliche Inanspruchnahme der unregelmäßigen Anwartschaften auf 1% (i.Vj. 5%) reduziert. Die Auswirkung betrug T€ 55.

Es bestehen auch Rückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Erhaltene Zuschüsse für aktivierte Vermögensgegenstände wurden passiviert und über die Nutzungsdauer dieser Vermögensgegenstände zeitanteilig ertragswirksam aufgelöst.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen im Geschäftsjahr 2009 ist in einer Anlage zum Anhang dargestellt.

Im Berichtsjahr wurden T€ 406 (i. Vj. T€ 504) in das Anlagevermögen investiert. Davon betreffen T€ 15 die Sanierung der Schwimmhalle Helmut Behrendt. Der Buchwert belief sich zum Bilanzstichtag auf T€ 8.020 (i. Vj. T€ 9.040).

Vorräte

Der Bestand der ausgewiesenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe enthält Reinigungsmittel und Chemikalien für die Wasseraufbereitung (T€ 49). Weiterhin ist hier der Bestand an Instandhaltungsmaterialien und Eintrittskartenrohlingen ausgewiesen. Unter den Handelswaren (T€ 44) werden zum Verkauf bestimmte Artikel und Lebensmittel/Speiseeis ausgewiesen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die ausgewiesenen Forderungen von T€ 1.471 betreffen überwiegend Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 625), Steuerrückerstattungsansprüche (T€ 531), sowie Forderungen aus offenen Medienjahresabrechnungen (T€ 202). Es wurden angemessene Wertberichtigungen gebildet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde erstmalig ein Anspruch (T€ 42) aus Altersteilzeitvereinbarungen gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit aktiviert. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind bis auf einen Betrag von T€ 3 mit einer Laufzeit zwischen 1 und 5 Jahren innerhalb eines Jahres fällig.

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Die Position betrifft mit T€ 7.534 Guthaben bei Banken und mit T€ 73 die Kassenbestände der einzelnen Bäder. Die Verminderung (T€ 1.634) steht überwiegend im Zusammenhang mit Fördermitteln für die Sanierungsvorhaben Schwimmhalle Helmut Behrendt, Strandbad Wannsee, Sportforum Hohenschönhausen sowie der Finanzierung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr (Dachsanierung) aus Eigenmitteln.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (T€ 3.477), ausstehende Rechnungen (T€ 2.789) –davon T€ 1.890 Medien und Contracting – sowie Verpflichtungen aus dem Personalbereich (T€ 4.559).

Verbindlichkeiten

Die Zusammensetzung und die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

	Gesamtbetrag 31.12.2009	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.801.259,51	1.726.745,22	74.514,29	0
Verbindlichkeiten gegen Gewährträger	137.617,70	137.617,70	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	69.692,49	52.870,68	9.000,00	7.821,81
Davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	2.827,00	2.827,00	0	0

Rechnungsabgrenzungsposten

Für nicht in Anspruch genommene Mehrfachkarten wurde im Geschäftsjahr 2009 eine Abgrenzung vorgenommen (T€ 2.402). Für nicht ausgenutzte Schwimmkurskarten sowie für Aqua-Fitnesskurse und Sonstiges wurde im Berichtsjahr eine Abgrenzung von T€ 168 gebildet.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse von T€ 19.909 (i. Vj. T€ 21.407) beinhalten im Wesentlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten für Schwimmbäder T€ 10.059 (i. Vj. T€ 10.553) und Saunen T€ 1.770 (i. Vj. T€ 2.028), sowie den Eigenverbrauch für die unentgeltliche Überlassung von Bädern an Schulen, Kindertagesstätten und Vereine T€ 6.367 (i. Vj. T€ 7.078). Ferner sind Erlöse aus Schwimm- und Aqua-Fitnesskursen sowie sonstiger Kurse Dritter T€ 984 (i. Vj. T€ 959) enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind u.a. T€ 38.946 Erträge aus Zuschüssen des Landes Berlin, T€ 2.575 Erträge aus dem Förderprogramm „Investitionspakt 2008“ (Land Berlin und Bundesrepublik Deutschland), 330 T€ aus Zuschüssen zur Standortsicherung der Olympiastützpunkte (davon T€ 2 periodenfremd) sowie T€ 33 zur Förderung des Spitzensports (Bundesrepublik Deutschland) ausgewiesen. Weiterhin beinhaltet der Posten T€ 4.197 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, T€ 1.712 Erträge aus

Berliner Bäder-Betriebe (BBB) **Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin**

Vermietung und Verpachtung, T€ 1.253 Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie T€ 400 sonstige periodenfremde Erträge. Infolge der Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Zuschussabgrenzungen gegenüber dem Gewährträger von T€ 33 auf T€ 138 werden in der Position T€ 105 ertragsmindernd ausgewiesen.

Materialaufwand

Im Materialaufwand sind T€ 542 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe enthalten. Weiterhin werden Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von T€ 13.664 ausgewiesen. Hierin sind T€ 217 periodenfremde Aufwendungen enthalten.

Personalaufwendungen

In den Personalaufwendungen sind T€ 25.498 Löhne und Gehälter enthalten. Der Aufwand für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung betrug T€ 6.297. Davon betrafen T€ 1.600 die Altersversorgung der Mitarbeiter.

Für annähernd alle Beschäftigten der BBB besteht eine Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Beschäftigten der beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird finanziert durch Umlagen im Rahmen eines Abschnittsverfahrens und im Kapitaldeckungsverfahren im Tarifgebiet Ost.

Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr für den Tarifbereich West 7,86%.

Beiträge an die VBL werden bis zu einer Höhe von 6,45% (Tarifgebiet West) vom Arbeitgeber allein übernommen, 1,41% trägt der Beschäftigte selbst. Für den Tarifbereich Ost beträgt der Arbeitgeberanteil 1,0% im Umlageverfahren und 2,0% im Kapitaldeckungsverfahren. Der Beschäftigte trägt 2,0% im Kapitaldeckungsverfahren selbst.

Die Summe der umlagepflichtigen Vergütungen betrug im Geschäftsjahr rund € 24,8 Mio. für etwa 727 umlagepflichtige Beschäftigte.

Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sind dem beigefügten Anlagenspiegel zu entnehmen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten insbesondere T€ 7.995 Instandhaltungsaufwendungen, T€ 6.813 Aufwendungen für Eigenverbrauch und darauf zu entrichtende Umsatzsteuer, T€ 2.681 Reinigungs-, Entsorgungs-, und Miet- und Pacht aufwendungen, T€ 1.112 für Dienstleistungen sowie T€ 858 Aufwendungen für Objektbewachung. Weiterhin werden T€ 593 periodenfremde Aufwendungen sowie T€ 1 Abschreibungen auf Forderungen ausgewiesen. Für das erwartete Gesamthonorar des Wirtschaftsprüfers wur-

de ein Gesamtaufwand von T€ 20 berücksichtigt. Das Honorar bezieht sich ausschließlich auf Abschlussprüfungsleistungen.

Der Aufwand liegt mit T€ 22.645 um T€ 5.757 unter dem Vorjahreswert von T€ 28.402.

V. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die zu erwartenden Aufwendungen aus Miet-, Leasing-, und Contractingverträgen betragen T€ 5.457.

In der Vergangenheit wurden Energieeinspargarantieverträge für diverse Bäder abgeschlossen. Als Gegenleistung für getätigte Investitionen wird dem Auftragnehmer eine vertraglich vereinbarte Prozentzahl der realisierten Einsparung vergütet. Die Medienaufwendungen in den Bädern sanken dadurch deutlich. Die erwarteten Contractingraten betragen T€ 4.383.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde ein „Übergangspachtvertrag über die mit Schwimmbädern bebauten Grundstücke in den Berliner Bezirken“ zwischen der BBB und der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG abgeschlossen. Die in einer ersten Nachtragsvereinbarung vom 15.10.2009 vereinbarten Pachtzinszahlungen für das Jahr 2010 belaufen sich auf T€ 600.

VI. Sonstige Angaben

Beschäftigtenzahl

In 2009 waren durchschnittlich 740 (i.Vj. 741) Mitarbeiter beschäftigt. Darin sind 26 (i.Vj. 17) Auszubildende enthalten.

Organe

Die Organe der Anstalt sind:

1. die Gewährträgersammlung
2. der Aufsichtsrat
3. die regionalen Beiräte
4. der Vorstand

Aufsichtsrat (ehrenamtlich)

Herr Dr. Ehrhart Körting (Vorsitzender)	Senator für Inneres und Sport, Berlin
Frau Gabriele Schöttler (stellvertretende Vorsitzende)	Bezirksbürgermeisterin des Bezirkes Treptow-Köpenick, Berlin
Frau Dr. Petra Leuschner	Staatssekretärin bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin (bis 17.12.2009)
Frau Iris Spranger	Staatssekretärin bei der Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin
Herr Wolf-Dieter Wolf	Geschäftsführender Gesellschafter Grundkonzept GmbH, Berlin
Herr Peter Hanisch	Präsident des LSB, Berlin (bis 5.6.2009)
Herr Klaus Böger	Präsident des LSB, Berlin (seit 6.6.2009)
Herr Günter Fasel	Arbeitnehmersvertreter der Berliner Bäder-Betriebe, Berlin
Frau Doro Zinke	stellvertretende Vorsitzende des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

Anlagenspiegel vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 (Anlage zum Anhang)

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				
	Stand 01.01.2009	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31.12.2009
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Software	660.349,91	24.690,54	0,00	14.268,56	670.771,89
Insgesamt:	660.349,91	24.690,54	0,00	14.268,56	670.771,89
II. Sachanlagen					
1. Bauten auf fremden Grundstücken					
a) Bauten auf fremden Grundstücken	4.761.739,31	10.213,71	0,00	0,00	4.771.953,02
b) Hof- und Wegebefestigungen	998.722,99	1.384,19	0,00	0,00	1.000.107,18
Summe:	5.760.462,30	11.597,90	0,00	0,00	5.772.060,20
2. Technische Anlagen und Maschinen	17.601.517,13	175.788,26	0,00	68.724,02	17.708.581,37
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung					
a) Fuhrpark	130.474,99	0,00	0,00	0,00	130.474,99
b) Übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.924.991,38	69.559,52	0,00	263.676,41	9.730.874,49
c) geringwertige Wirtschaftsgüter	106.975,62	124.307,69	0,00	24.591,66	206.691,65
Summe:	10.162.441,99	193.867,21	0,00	288.268,07	10.068.041,13
4. Gel. Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Sachanlagen	33.524.421,42	381.253,37	0,00	356.992,09	33.548.682,70
Gesamtes Anlagevermögen	34.184.771,33	405.943,91	0,00	371.260,65	34.219.454,59

Abschreibungen/Zuschreibungen				Restbuchwerte		
Stand 01.01.2009	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2009	Stand 01.01.2009
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
529.617,91	59.137,54	14.268,56	0,00	574.486,89	96.285,00	130.732,00
529.617,91	59.137,54	14.268,56	0,00	574.486,89	96.285,00	130.732,00
2.168.219,31	183.223,71	0,00	0,00	2.351.443,02	2.420.510,00	2.593.520,00
649.130,99	68.189,19	0,00	0,00	717.320,18	282.787,00	349.592,00
2.817.350,30	251.412,90	0,00	0,00	3.068.763,20	2.703.297,00	2.943.112,00
12.927.168,13	713.323,26	62.752,02	0,00	13.577.739,37	4.130.842,00	4.674.349,00
124.514,99	1.650,00	0,00	0,00	126.164,99	4.310,00	5.960,00
8.724.897,38	326.138,52	262.051,41	0,00	8.788.984,49	941.890,00	1.200.094,00
21.447,62	66.185,69	24.591,66	0,00	63.041,65	143.650,00	85.528,00
8.870.859,99	393.974,21	286.643,07	0,00	8.978.191,13	1.089.850,00	1.291.582,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24.615.378,42	1.358.710,37	349.395,09	0,00	25.624.693,70	7.923.989,00	8.909.043,00
25.144.996,33	1.417.847,91	363.663,65	0,00	26.199.180,59	8.020.274,00	9.039.775,00

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht (ausgenommen Anlage zum Lagebericht: Erweiterte Entsprechenserklärung BCGK) der Berliner Bäder-Betriebe (BBB), Anstalt des öffentlichen Rechts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, 26. März 2010

COMMERZIAL TREUHAND
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

N. Klamt i.V. P. Blüher
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2009

Erweiterte Entsprechenserklärung BCGK

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat		
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstands abgehalten. Es wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten des Vorstands ohne dessen Teilnahme behandelt.</p>
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrats für den Vorstand.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
<p>I.4</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht des Vorstands an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens 2 Wochen vor der Sitzung).</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
<p>I.5</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat. 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands bzw. Aufsichtsrats gewahrt.</p> <p>Eine D&O- Versicherung ohne Selbstbehalt ist für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossen worden, da u.a. der Aufsichtsrat keine Vergütung erhält.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
II. Vorstand		
II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen. 	<p>Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand waren in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Es wurde ein Vorsitzender des Vorstands bestimmt. Eine Beschlussmehrheit wurde nicht festgelegt.</p>
II.3	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstands. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstands. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap. 	<p>Die Vergütung erfolgte auf Basis von Zielvereinbarungen, die am 21.01.2009 abgeschlossen wurden. Sie wurde nicht nachträglich geändert. Sie hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig) zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder des Vorstands, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden; sie unterlagen einer regelmäßigen Überprüfung. Die Einzelvergütungen wurden im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Die Zielvereinbarungen wurden auf Grund der bestehenden Regelungen der Gewährträgerversammlung nicht zur Beurteilung vorgelegt. Es wurde kein Vertrag vorzeitig aufgelöst. Abfindungen fielen nicht an.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
III. Aufsichtsrat		
III.1	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsordnung für den Vorstand; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.</p>
III.2	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstands Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: im Plenum nach Vorbereitung in einem Ausschuss. 	<p>Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats nach Vorberatung in einem Ausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für den Vorstand festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Es erfolgte keine Erstbestellung. Eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.</p>
III.3	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unternehmung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratsitzungen. 	<p>Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Der Vorstand hat den Aufsichtsratsvorsitzenden im Einzelfall über besondere Ereignisse unterrichtet. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratsitzungen ein wichtiges Ereignis über das er unterrichtet wurde. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratsitzungen stattgefunden.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
III.4	<ul style="list-style-type: none"> Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:</p> <ol style="list-style-type: none"> Personalausschuss Wirtschaftsausschuss <p>Der Aufsichtsratsvorsitzende war kein ehemaliges Mitglied des Vorstands der Anstalt. Bewertungsfragen von Immobilien wurden nicht beraten.</p> <p>Kein Ausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.</p>
III.5	<ul style="list-style-type: none"> Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Ein Aufsichtsratsmitglied verfügt über mehr als 10 Aufsichtsratsmandate. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung.</p>
III.6	Vorlage der Zielvereinbarung.	<p>Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und dem Vorstand beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung auf Grund der bestehenden Regularien dem Eigentümer nicht zur Beurteilung vorgelegt.</p>
III.7 und 8	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstands. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstands. 	Die Mitglieder des Vorstands haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen. 	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstands oder des Aufsichtsrats. 	Es bestanden keine Interessenkonflikte.
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstands. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	<p>Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstands oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden.</p> <p>Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
IV.6	<ul style="list-style-type: none"> Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstands. 	<p>Ein Mitglied des Vorstands hat die Genehmigung des Aufsichtsrats, als Dozent bei der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie zu wirken. Ein Mitglied des Vorstands hat die Genehmigung des Aufsichtsrates als Vorstandsmitglied beim Fachverband „Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e.V.“ zu wirken.</p>
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstands und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	<p>Es wurden keine Kredite gewährt.</p>
<p>V. Transparenz</p>		
V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind bis auf den Aufbau des Instandhaltungsbaus nicht bekannt geworden.</p> <p>Der Geschäftsbericht 2008 wurde auf der Homepage der BBB im Internet veröffentlicht; dies gilt auch für allgemeine Informationen.</p>
<p>VI. Rechnungslegung</p>		
VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. Erörterung der Zwischenberichte. 	<p>Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gewährträger vorgelegt. Zwischenberichte wurden für die Gremien erstellt und mit dem Aufsichtsrat erörtert. Beteiligungen an anderen Unternehmen lagen nicht vor.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
VII. Abschlussprüfung		
VII.1	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Abschlussprüfer hat die Erklärung abgegeben, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VII.2	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfauftrags und Honorarvereinbarung. 	<p>Der Rechnungshof von Berlin hat auf Basis des Beschlusses der Gewährträgerversammlung dem Abschlussprüfer den Prüfauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
VII. 3	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. 	<p>Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der vorgesehenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss. 	<p>Der Abschlussprüfer hat/wird an den Beratungen des Aufsichtsrats teilgenommen/teilnehmen und hat/wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet/berichten.</p>





Impressum:

Berliner Bäder-Betriebe AöR, 2010
Vorstandsvorsitzender: Dr.-Ing. Klaus Lipinsky
Vorstand: Michael Schenk
Gestaltung & Herstellung: www.suntrium.de

BBB 
Berliner
Bäder-Betriebe

